

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Sperrstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Anzeigen an den Redactionen
früh 6 1/2 Uhr.
An den Filialen für die Anzeigen:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Sonderdruck, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufage 16,200.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,
incl. Frachtlohn 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 40 Pf.

Inserte 50 Pf. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Erklärungen unter dem Rubrications-
zeichen die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

№ 284.

Mittwoch den 15. September 1880.

74. Jahrgang.

Versteigerung.

Donnerstag, den 16. September 1880, Vormittags 9 Uhr
und folgende Tage sollen im Grundbuche Nr. 35, 1. Etage, am Neumarkt hier,
1 große Partie die Vorzeichen- und Steinzeugwaren
öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.
Leipzig, am 8. September 1880. Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.
Tzibbach.

Donnerstag, den 16. September, 1880, Vormittags 10 Uhr,
sollen in Neuschönefeld, Sophienstraße Nr. 74 part. 1 Orchesterion mit 16 Balken u. dergl. Kasten, 1 Partie
Restaurationsutensilien, Möbel, Betten, Bilder und verschiedene Weine in Flaschen öffentlich an den Meist-
bietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden. Ein Verzeichnis der Gegenstände hängt an
Kantstühle und in der Restauration „Zum Bergschloßchen“ zu Neuschönefeld zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, den 6. September 1880.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.
Koblemann.

Freiwillige Subhastation.

Von dem unterzeichneten königlichen Amtsgerichte soll
den 1. October 1880
auf Antrag der Erben das zum Nachlasse Frauen Johanna Wöhrin vererbte, Schnabel verm. gew. Franz
geb. Rühmlich in Holtmarsdorf gehörige Grundstück Nr. 44 des Grundbuchs der 1. Abtheilung, 1. R. Nr. 201 des Flur-
buchs und Fol. 294 des Grund- und Hypothekensbuchs für Holtmarsdorf, welches Grundstück am 8. Sep-
tember 1880 ohne Berücksichtigung der Obliegen auf
16.180 Mark
gewürdet worden ist, freiwilliger Weise versteigert werden, was unter Begünstigung auf den an hiesiger
Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.
Leipzig, am 11. September 1880. Königlich Amtsgericht, Abtheilung II.
Steinberger. Ref.

Versteigerung auf den Abbruch.

Sämmtliche Baulichkeiten in den der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken Nr. 14 und 15 der
Münzengasse sollen angetrennt
Donnerstag, den 16. d. M., Vormittags 11 Uhr,
an Wathshöhe auf den Abbruch versteigert werden.
Die Versteigerungsbedingungen, in welchen die zu versteigernden Baulichkeiten speciell aufgeführt sind,
liegen in unserem Bureau (Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 1) zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, am 7. September 1880. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stdt.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseran-
lagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 und der §§. 2 und 7 des Regulativs für Wasserleitungen
und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir bekannt, daß der
Schloffer

Herr Friedrich Julius Wehlhose, Gerberstraße Nr. 24,
und der Gutschnifer
Herr Gottlieb Iseler, Kreuzstraße Nr. 14,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrich-
tungen nachgewiesen haben.
Leipzig, am 9. September 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rthsch.

Die von uns unter dem 27. Juli d. J. ausgeschriebene Stelle eines Hülfsaufsehers für Straßen-
bauten bei unserer Tiefbauverwaltung ist besetzt, und bringen wir dies den nicht berücksichtigten Bewerbern
hierdurch zur Kenntniß.
Leipzig, am 11. September 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Baurth.

Öffentliche Plenarsitzung der Handelskammer

Donnerstag, den 16. d. M., Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaal, Neumarkt 19, I.
Tagesordnung:

1. Registerrunde.
2. Bericht des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über die Ministerialvorlage, die Beschränkung der
Wechselschuldigkeit betreffend.
3. Bericht des Handelsgesetzgebungs- und des Verkehrs-Ausschusses über die vom Mittelrheinischen
Fabrikanten-Berein mitgetheilte Petition, die Errichtung eines Reichs-Eisenbahn-Gerichtshofes
betreffend.
4. Berichte des Verkehrs-Ausschusses über: a. die Petition des Leipziger Droguisten-Bereins, die
neuen Abänderungen des Eisenbahn-Betriebs-Reglements betreffend; b. die Petition des
Freiherrn von Broich in Herßfeld, das Eisenbahn-Projekt Gera-Weimar-Ilmenau betr.
5. Ausschussbericht über den Antrag der Handels- und Gewerbe-Kammer zu München und Gen.,
Abänderung des Statuts des Deutschen Handelstages betreffend.
6. Feststellung des gutachtlichen Theils und der Einleitung zum 2. Theile des Jahresberichts für
1878 und 1879.

Die Parteien in Frankreich.

Zehn Jahre, in der Geschichte der Völker eine
recht kurze Spanne Zeit, sind verfloßen, seit sich
nach einer Reihe sarkastischer Schlagwörter jene
großen Ereignisse vollzogen haben, welche die
politische Gestaltung Deutschlands und Frankreichs
und damit das Rechtsverhältnis der beiden Völker
zu einander von Grund aus umgestaltet haben.
Diese großartige Wandlung fordert — unsere
Zeit ist überhaupt dazu angethan — zu Rück-
sichten und Vergleichen auf, um daraus Schlüsse
auf die Zukunft ziehen zu können; denn daß
der mit dem Herzblute zweier Nationen be-
segelte jetzige Zustand von ewiger Dauer sein
kann, wird Niemand annehmen dürfen, dem die
Geschichte der französisch-deutschen Feindschaft nur
ungerade bekannt ist. Immer und immer
wieder müssen wir unsere Blicke über Rhein und
Wesel hinaus nach Frankreich richten, um Land
und Leute zu erforschen und dadurch die Macht
verhältnisse des unruhigen Nachbarn richtig be-
urtheilen zu können.

Wir wollen unserer Betrachtung gleich die Be-
merkung vorausschicken, daß uns für das heutige
Frankreich die republikanische Staatsform die
passendste Art der Regierung zu sein scheint. Als
am 4. September 1870 das französische Volk die
Republik proclamirte, da fehlte es nicht an Prophe-
zeiungen einer wechselvollen Zukunft des Landes.
Man erblickte im Geiste das Aufkommen der nie-
derigen Volkskassen gegen Zucht und Sitte,
gegen Ordnung und Gesetz; man sah prätorianische
Kämpfe um den erledigten Thron voraus und
hielt es für unmöglich, daß die neue Staatsform
diesem drohenden Stürmen trotzen und das Land
in seiner gesunden Entwicklung schätzen würde,
womöglich, als es galt, die schwachen Bünden zu
heilen, welche Frankreich aus dem deutschen Kriege
davon getragen hatte.

Von diesen düsteren Voraussetzungen ist — den
tatsächlichen Commune-Krisen abgesehen —
Nichts eingetroffen. Frankreich hat im Gegentheil
heute blühender und im Innern ruhiger da als
zu irgend einer Zeit dieses Jahrhunderts, und auch
der schärfste Blick vermochte aus der Gegenwart
nicht diejenigen Elemente zu bestimmen, welche die
gegenwärtige Ordnung in absehbarer Zeit ernsthaft
zu bedrohen und zu vernichten befähigt oder ge-
onnen wären.

Das monarchische Princip ist in vollem Ab-
schleppen begriffen. Die dynastischen Parteien sind
von Jahr zu Jahr schwächer geworden und be-
finden sich zur Stunde in völliger Ohnmacht. Es
fehlt ihnen sogar an Anhängern, an thron-
berechtigten Prinzen, welche im Stande wären, die
„Legende“ ihres Hauses mit Erfolg in die Massen
zu tragen und dadurch Sympathien für ihre Sache
nachhaltig hervorzubringen. Der Bonapartis-
mus ist durch den Prinzen Louis, den Sohn
Napoleon's III., vorerst unmöglich gemacht, und die
Orleanisten und Legitimisten haben noch
weniger Unterstützung im Volke gefunden als die
Bonapartisten.

Nicht minder schlecht bestellt ist es um die Sache
des Ultramontanismus in Frankreich. Die
Geschichte der Ordensgesetze, deren mangelhafte
Ausführung möglicherweise das Cabinet Freycinet
zu Falle bringen wird, hat bewiesen, daß die klerikale
Partei nicht den Halt im Lande besitzt, den
man ihr zuschrieb und der sie allein befähigen
würde, mit Erfolg gegen die Republik, diesen Loh-
feind der Curie, zu conspiriren. Ja, es sind so-
gar alle Ansichten dazu vorhanden, daß die Aus-
führung der neuen Schulgesetze den klerikalen Ein-
fluß noch mehr beschränken wird, denn die
Erhöhung und Verallgemeinerung der Bildung
sind die besten Mittel gegen jesuitische Intrigue
und vaticanische Finsterniß.

Die Krone, welche lange Zeit hindurch durch
die dynastischen Parteien, ja selbst durch die Ultra-
montanen gegen die republikanische Staatsform
aufgewiegelt und gewissermaßen ein Versuchsfeld für
gelegentliche Aufstands-Erklärungen geworden war,
ist durch den Kriegsminister einer gründlichen Re-
form unterworfen worden. Sie hat aufgehört,
eine Gefahr für das heutige Frankreich und ein
Werkzeug der Revolution zu sein, denn sie trägt
jetzt, wenn auch nicht in dem Maße wie in Deutsch-
land, den Charakter eines Volksheeres. Das Dis-
ciplinercorps ist zu diesem Zwecke in umfassendster
Weise von unzuverlässigen Elementen gesäubert und
möglichst gleichartig in Bezug auf die Pflege des
kameradschaftlichen Geistes zusammengestellt worden.
Ob dieses Band, welches die Devise „honneur
et patrie“ trägt, von Dauer sein wird, muß frei-
lich erst die Zeit lehren.

Die communistische Partei, die sich aus
socialistischen Schwärmern, aber auch aus den am-
nestirten Heiden des damaligen Aufstandes recrui-
tirt, gilt nicht mehr als eine dringende Gefahr für
Frankreich. Selbst Kocher, der geistreiche Ver-
fechter dieser unsinnigen Ideen, erscheint heute nur
als ein Schalk, als ein Caricaturzeichner, der mit
seinem Stifte gelegentlich die Mitglieder der Regierung
persiflirt, oder als ein Stuhlvolkstrüben, der in
phrasenreicher Rede sich selbst verherrlicht. Man
will in Frankreich diese Bewegung nicht mehr ernsthaft
nehmen, und das ist gut; denn was im öffentlichen
Leben sich selbst zur Lächerlichkeit verdammt, ist
unschädlich für den soliden Aufbau des Ganzen.
Immer tiefer bricht sich im Volke die Erkenntniß
Bahn, daß eine gesunde Socialentwicklung nur
möglich ist im eifrigen Zusammenwirken der ein-
zelnen Kräfte des Staats, in der freien Theilnah-
me der wirtschaftlichen Wachsthumsmittel auf dem
positiven Boden der Verfassung.

Wir dürfen uns, um den Gegner nicht zu unter-
schätzen, der Ansicht nicht länger verschließen, daß
das französische Volk die Republik als die passendste
Staatsform erkannt hat, um wieder zu politischer
Bedeutung und zu nachhaltigem Wohlstand zu ge-
langen. Es hat das Vertrauen der Nation in die
regelmäßige Entwicklung eines glücklichen
Wohlbefindens vollumfänglich wieder hergestellt und Jeder-
mann mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß
die blutigen Eruptionen der Revolution nur das
Gegentheil von Freiheit und Wohlstand sind und

Wälder und Felder veröden lassen, anstatt dem
Verlehrs neue Bahnen zu erschließen.

Gerade in dieser inneren Festigung Frankreichs
durch die Republik beruht unsere Hoffnung auf
der Erhaltung des Friedens für die nächste Zeit;
aber es liegt auch darin ein Moment der Stärke,
das wir wohl beachten müssen. Wir begnügen
das feste Vertrauen zur Reichsregierung, daß diese
Thatsachen von ihr mit prüfendem Auge verfolgt
und alle Nachmittel bereit gehalten werden, um,
wenn es das Unheil der Stunde gebietet, gleich
stark und wohlgerüstet dem Erbfeinde entgegen-
treten zu können. Die Geschichte Frankreichs und
Deutschlands lehrt uns, daß die Nemesis nie graus-
amer gewaltet hat, als wenn eines der beiden
Völker auf seinen Lorbeeren entschlummert war.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 14. September.

Der am nächsten Sonntage in Hannover
unter Leitung Hennigsen's stattfindende Partei-
tag der hannoverschen Nationalliberalen darf
eine ungewöhnliche Bedeutung für sich in Anspruch
nehmen. Es handelt sich darum, hier die Parole
für die ganze Partei auszugeben und die Grund-
züge der Taktik festzustellen, welche das national-
gefinnte gemäßigt liberale Bürgerthum für die
nächste Zeit im Kampfe gegen seine Widersacher
zu verfolgen haben wird. Zur Sache wird uns
aus Hannover vom 11. September geschrie-
ben: „Wenngleich es nicht zweifelhaft sein konnte,
daß nach der Heimkehr von ihren Reisen unsere
hiesigen nationalliberalen Abgeordneten v. Hen-
nigsen, Dr. Schläger, Hornemann, Raporte und
Dr. Müller mit ihren hiesigen hervorragenden
politischen Gesinnungsgenossen zusammenzutreten
würden, um ihre Ansichten über die ohne ihr Vor-
wissen stattgefundene Separation ihrer bisherigen
Freunde auszutauschen, so freuen wir uns doch
berichten zu können, daß Herr v. Hennigsen
bereits schon gestern Abend die genannten Herren
und einige zwanzig andere versammelt, um ihre
Ansichten über die für die nationalliberale Partei
wichtige Angelegenheit zu hören. Wägen auch
in einzelnen Fragen einige Herren ab und zu an-
einandergegangen sein, so war man doch gestern
einmüthig der Meinung, daß sich im Interesse der
liberalen Sache die Separation, wenigstens in
jetziger Zeit, nicht rechtfertigen lasse, sondern be-
trübt werden müsse, und daß keine Veranlassung
darin gefunden werden könne, von den bisher be-
folgten Grundsätzen abzuweichen, besondert nicht
in unserer Provinz, wo die wäthliche Mittelpartei,
mit Hilfe des Reichstages u. s. w., nicht nur nicht
geschwächt, sondern vielleicht noch mehr gestärkt sei
und daher ein einiges Entgegentreten sich
dringend nach wie vor empfehle. Herr v. Hen-
nigsen, sichtlich erfreut über diese Uebereinstim-
mung mit seinen ausgedehnten Ansichten, hielt
eine Darlegung der Verhältnisse in einer großen
Provinzialversammlung für geboten, womit alle
Anwesenden einverstanden waren; nur erhob sich
eine Debatte über den Zeitpunkt, die sich dadurch

(schließlich erledigte, daß die überwiegende Mehrheit
beschloß, auf Sonntag den 19. September hiesiger
alle nationalliberalen Parteigenossen der Provinz
zu einer Besprechung einzuladen, um nicht
bis zum Zusammentritt des Provinziallandtags im
October zu warten. Die Besprechungen des Herrn
v. Hennigsen mit hiesigen liberalen Parteigenossen
befähigen übrigens die Uebereinstimmung der hie-
sigen Anschauungen vollständig, und wir zweifeln
auch nicht, daß das einseitige Beharren auf
unserem bisherigen nationalliberalen Standpunkte
in unserer Provinz nicht allein fast durchweg ge-
wünscht, sondern auch für die liberale Sache in
derselben den Particularisten und Reactionären
gegenüber eine Rothwendigkeit ist und noch lange
bleiben wird. Daß Letztere die Separation schaden-
froh bejubeln, bedarf nicht erst der Bemerkung.“
Wir müssen hieran noch eine Stelle aus einer
Correspondenz der „M. Z.“ aus Hannover.
Es heißt darin: „An den Namen Hennigsen
knüpft sich die Entscheidung, das ganze Wirken der
Partei. Eine Zahl der älteren Parteimitglieder
hat an seiner Seite und unter seiner Führung
bereits zu hannoverscher Zeit für die Einigung
Deutschlands gestritten und auch gelitten, die
jüngeren unter ihm sich die parlamentarischen
Sporen verdient. Seine Autorität ist in unserer
Provinz noch unerschütterlich, sie in frivoler Weise
untergraben heißt die nationale Idee schwer-
schädigen.“

Die „Königliche Zeitung“ wendet sich abermals
in einer Zuschrift, die ihr „vom Rhein“ zugeht,
gegen die liberale Seccession. Wir haben
aus derselben die folgenden durchaus zutreffenden
Sätze hervorgehoben: „Wir sind durch die Versammlung
der Seccessionisten, welche in Berlin statt-
gefunden hat, über deren Ergebnisse nicht weiter
aufgeklärt worden. Die Herren haben Geheim-
haltung ihrer Besprechungen gelobt, so daß wir die
Anderungen und Mittheilungen in den Blättern,
welche sich mit der Verfassung beschäftigen, nicht
als Kundgebungen von irgend welchem Werthe
ansehen dürfen. Wir sind nach wie vor mit un-
serem Bewußtsein auf den Ruf der 28 Herren
vom 31. August angewiesen, der so wunderbar
allgemein gehalten ist, daß ihn nicht nur sämt-
liche nationalliberale Wähler des Landes,
sondern auch alle Freiconservativen und ein großer
Theil conservativer Parteigenossen mit unter-
schreiben konnten. Wir sehen die Seccession für
sehr ernst an. Noch niemals hat der Liberalis-
mus so im eigenen Fleische gewühlt wie heute, und
der Appell an die Wähler wird hoffentlich von
diesem verstanden werden. Aber daß die liberale
Wahlerschaft durch Nichtausübung ihres Wahlrechts
abwenden, das konnte man schon überall bei den
letzten Wahlen beobachten, und das hat den „con-
servativen Hauch“ weiter wehen lassen, als es zu
Anfang zu befrachten war. Hier hoffen auch wir
bei den nächsten Wahlen eine Aenderung.“

Nachdem Herr Eugen Richter, der Selbst-
herrlicher aller Fortschrittler, in seiner „Parla-
mentarischen Correspondenz“ sich dahin geäußert,